

Protokoll der fünften Sitzung des Runden Tisches zum Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramm (RTDMF) vom 02.05.2006 im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz in München

Anwesend:

Vorsitzender: Weiss (Bundesamt für Strahlenschutz)

Mitglieder: Appel (dpa/gms-Themendienst), Fr. Brix (Länderarbeitsgruppe Umweltbezogener Gesundheitsschutz), Fr. Fleischer (Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.), Friedrich (Forschungsgemeinschaft Funk), Grützner (Länderausschuss für Immissionsschutz), Kappos (Bundesärztekammer), Lauer (T-Mobile), Menzel (E-Plus), Müller (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland), Revermann (Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag), Stüwe (Informationszentrum Mobilfunk).

Geschäftsstelle: Fr. Asmuß, Fr. Pölzl (Bundesamt für Strahlenschutz)

Gäste: Böttger (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit), Fr. Schröder, Herr Matthes (Bundesamt für Strahlenschutz)

Tischvorlagen:

Tagesordnung, Folien

TOP 1: Begrüßung und Annahme der Tagesordnung

Herr Weiss (BfS) begrüßt die Anwesenden und bedankt sich für die Teilnahme. Er stellt bedauernd fest, dass die SSK nicht vertreten ist. Herr Lauer teilt mit, dass künftig Frau Gerstenschläger als 1. Vertreterin für T-Mobile an den Sitzungen des RTDMF teilnehmen wird.

Die Tagesordnung wird angenommen.

TOP 2: Aktuelle Themen

2.1 Aktuelles aus dem DMF

Herr Matthes berichtet über Umsetzungstand und Aktuelles aus dem DMF. Bisher sind 40 % der Projekte (vor allem aus den Bereichen Dosimetrie und Risikokommunikation) abgeschlossen, 54 % der Projekte befinden sich in der Durchführungsphase, 2 % sind noch in Vergabe, 4 % sind geplant. Die Studie zur Untersuchung der Schlafqualität bei Anwohnern einer Basisstation ist jetzt ebenfalls in der Durchführungsphase. Über den Zwischenstand der EPROS-Schlafstudie mit elektrosensiblen Anwohnern von Basisstationen wird kurz berichtet. Herr Müller (BUND) bittet um Ergänzung hinsichtlich der Verteilung der Finanzmittel auf die Bereiche Biologie, Dosimetrie, Epidemiologie und Risikokommunikation. Diese Ergänzung wird hiermit wie folgt nachgereicht:

Auf den Bereich Biologie entfallen 57% der Mittel, auf Dosimetrie 14%, auf Epidemiologie 18%, auf Risikokommunikation 9%, auf den Overhead 2 %.

2.2 Internationale Präsenz des DMF

Herr Matthes stellt die internationale Präsenz des DMF vor, die durch die Beteiligung an internationalen Studien, europaweite Ausschreibung und Vergabe der Projekte, Publikationen der Ergebnisse in internationalen Fachzeitschriften (bisher 18 Publikationen in gutachtergestützten Zeitschriften), Präsentationen auf internationalen Tagungen (derzeit etwa 24 Kongressbeiträge), ein teilweise englischsprachiges Internetangebot, Präsenz in der Forschungsdatenbank der WHO und persönliche Präsenz bei ICNIRP und der WHO (Collaborating Centre) gewährleistet wird.

2.3 Zusammenarbeit mit TCO

Herr Matthes berichtet über den Stand der Zusammenarbeit mit TCO-Development (Schweden) zur Harmonisierung von Qualitäts- und Umweltlabels für Handys, DECT Telefone und Babyphone. Das nächste Treffen mit Vertretern der TCO findet am 17.05.06 statt. Zu diesem Punkt wird diskutiert, ob es sinnvoll wäre, Berufsgenossenschaften oder den DGB ebenfalls einzubinden. Ergänzende Anmerkung von Herrn Matthes: an den Treffen nimmt regelmäßig Frau Heegner von der „Technologie- und Innovationsberatungsagentur in Bayern beim DGB“ teil.

Herr Weiss bittet die Teilnehmer, Personen konkret zu benennen, die in diese Zusammenarbeit einbezogen werden könnten. Diese müssten sich mit Qualitäts- und Umweltlabels befassen.

2.4 BfS – Unterrichtsmaterial Mobilfunk

Frau Schröder stellt das Konzept des Unterrichtsmaterials des BfS vor. Das Unterrichtsmaterial kann als pdf-file (2,2 MB) unter http://www.bfs.de/bfs/druck/Unterricht/Ordner_Mobilfunk.html abgerufen werden.

Die breite Herangehensweise an das Thema Mobilfunk wird positiv beurteilt, die Einschätzung bezüglich der Informationen differiert naturgemäß je nach Standpunkt. Herr Lauer empfindet die Informationen teilweise als zu einseitig negativ („kein ausschließlich positives Beispiel für Handynutzung“), Herr Müller vermisst u.a. den Punkt, dass Kinder möglicherweise empfindlicher reagieren als Erwachsene sowie das Thema Ausgrenzung von Kindern, die kein Handy besitzen. Frau Schröder bittet um möglichst konkrete Rückmeldungen, die zur weiteren Verbesserung des Materials willkommen sind. Wie anhand der Anfragen festgestellt wurde, besteht an derartigem Unterrichtsmaterial großes Interesse. Allein aufgrund der Präsentation auf der DIDACTA im Februar 2006 und Pressemeldungen kamen so viele Anfragen an, auch von Multiplikatoren, dass bisher kein aktiver Verteiler notwendig war.

Herr Appel fragt nach einer Leitversion für Eltern, da diese oft technisch mit ihren Kindern nicht mithalten können und für derartige Hintergrundinformationen vermutlich dankbar wären. Ein solche Leitversion existiert bisher nicht. Die Anregung wird intern weiter verfolgt.

2.5 Workshop „Standortplanung“

Der Workshop, der im Rahmen eines Projekts zum Agenda-Transfer durchgeführt wird, ist für den 15.09. in Hannover geplant, Größenordnung max. 60 Teilnehmer. Der Workshop dient dem Erfahrungsaustausch hinsichtlich der Organisation der Standortplanungs-Prozesse vor Ort. Er ist in erster Linie für die kommunalen Ansprechpartner vor Ort gedacht, die ggf. mit Problemen konfrontiert sind. Konkrete Anleitungen zur Optimierung von Funknetzen nicht gegeben werden. Da viele

Mitglieder des RTDMF Interesse an dem Workshop äußern, ggf. auch teilnehmen möchten, sollen die Mitglieder auch über die weitere Planung informiert werden. Es wird vorgeschlagen, nicht nur Mobilfunkstandorte, sondern auch z.B. Bahnfunk und digitalen Rundfunk einzubeziehen. Auch hier bittet Herr Weiss die Mitglieder des RTDMF, geeignete Personen, z.B. von der Bundesbahn oder vom Arbeitskreis Digitaler Rundfunk zu benennen, die einbezogen werden könnten. Herr Grützner weist auf das Problem hin, das viele Funkdienste gar keinem Genehmigungsverfahren unterliegen, mithin gar nicht erfasst werden.

2.6 Geplanter Ärzteshopping

Herr Böttger teilt mit, dass für den Ärzteshopping der Termin 2. August 2006 vorgesehen ist. Ziel des Shoppings ist es, die Fallbeschreibungen von Frau Dr. Waldmann-Selsam (Bamberger Appell) aufzuarbeiten. Herr Kappos hat Interesse daran bekundet, diesen Termin wahrzunehmen.

Herr Kappos hat erfahren, dass regelmäßig Fortbildungs-Veranstaltungen für Ärzte angeboten werden und erkundigte sich bei den Teilnehmern nach weiteren Informationen. Herr Stüwe informierte, dass das IZMF seit 2005 Ärzte-Fortbildungsveranstaltungen an verschiedenen Standorten in Deutschland durchführt, die von den jeweiligen Landesärztekammern anerkannt und als qualifizierte Ärzefortbildungen zertifiziert sind. Er weist darauf hin, dass in diesem Jahr 8 Veranstaltungen mit Schwerpunkt Süddeutschland geplant sind. Die wissenschaftliche Leitung dieser Veranstaltungsreihe hat Herr Prof. Dr. Karl Ernst von Mühlendahl von der Kinderumwelt gGmbH.

TOP 3: Konzept für die Auswertung der DMF-Forschungsergebnisse

Herr Weiss stellt den Stand der Planung zur Abschlussphase des DMF vor. Die Ergebnisse werden zunächst in 5 themenspezifischen Fachworkshops unter Beteiligung international renommierter Wissenschaftler, die ein möglichst breites Meinungsspektrum abdecken sollen, vorgestellt und diskutiert. Ziel ist die fachliche Diskussion der Ergebnisse und die Einbindung ins wissenschaftliche Gesamtbild. Drei dieser Workshops finden noch in diesem Jahr statt (Dosimetrie: 25./26. Juli 2006; Risikokommunikation geplant: 18./19. Oktober 2006; akute gesundheitliche Beeinträchtigungen, geplant: 12./13. Dezember 2006). Im März 2007 soll der Workshop zum Thema „Wirkmechanismen“ und im Juli 2007 der Workshop „Chronische Effekte“ stattfinden.

Im Herbst 2007 ist eine internationale wissenschaftliche Abschlussstagung vorgesehen. Zur Information und Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit ist derzeit ein nationales Fachgespräch geplant, ebenfalls Herbst/Ende 2007. Weitere Diskussionen hierzu unter TOP 6.

Der derzeit vom BfS vorgesehene Teilnehmerkreis der Workshops wird diskutiert. Zum Workshop Risikokommunikation wird vorgeschlagen, praktisches Wissen (z.B. von Betreiberseite oder auch von Journalisten) stärker einzubeziehen. Herr Revermann regt an, Fachleute aus Skandinavien einzubinden, da dort in mancher Hinsicht andere Lösungsstrategien angewendet werden, z.B. bei der Anerkennung von Elektrosensibilität. Die Mitglieder des RTDMF erhalten Gelegenheit, weitere Vorschläge zu allen Workshops zu machen. Für die noch in diesem Jahr stattfindenden Workshops werden Vorschläge bis Ende Mai 2006 erwartet.

Zum skizzierten Vorgehen besteht Einigkeit darüber, dass zunächst die Wissenschaftler gefordert sind, um eine fachliche Einschätzung der Studienergebnisse vorzunehmen. Der Workshop zur Risikokommunikation fällt etwas aus dem Rahmen, da er eine starke anwendungsorientierte Komponente hat und die Mitglieder des RTDMF hier am ehesten die Möglichkeit sehen, sich einzubringen. Da aber auch die übrigen Workshops interessierten Mitgliedern des RTDMF offen stehen sollen, erhalten diese ein Angebot zur Teilnahme.

TOP 4/5: Bewertung der Forschungsvorhaben des DMF; Diskussion

Herr Müller (BUND) stellt ein Konzept für die Bewertung der Forschungsvorhaben des DMF vor. Das Konzept wird beigefügt. Hieran entzündet sich eine ins Grundsätzliche gehende Diskussion über die Fragen, wie demokratisch letztlich Vergabe von Forschung sein soll, wie Forschung organisiert wird, was geforscht werden soll und inwieweit Informationen zu Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit durch die Festlegungen der Unternehmen als Betriebsgeheimnisse bei immer komplexer werdenden Technologien öffentlich verfügbar werden können. Einigkeit besteht darüber, dass Verfahren zum Forschungsablauf möglichst transparent zu gestalten sind.

Herr Böttger (BMU) sieht das DMF als Musterbeispiel für Transparenz und weist darauf hin, dass z.B. eine Erläuterung des vorgeschriebenen Vergabeverfahrens im Internet eingestellt ist, abrufbar unter http://www.emf-forschungsprogramm.de/Internet_DMF_Vergabe_deutsch_aktuell_0406.pdf.

Die grundsätzliche Frage, wie Bürgerrechte in einer Gesellschaft, die immer stärker von Schlüsseltechnologien und ökonomischen Interessen abhängig ist, gewahrt werden können, kann in diesem Rahmen nicht ausdiskutiert werden.

Herr Weiss schlägt vor, dass das BfS sich mit der Frage, wie die Transparenz zumindest im DMF weiter verbessert werden kann, bis zum nächsten Treffen auseinandersetzt, z.B. indem die den allgemeinen Vergaberegeln auf einzelne Projekte des DMF konkret heruntergebrochen werden.

TOP 6/7: Möglichkeiten der Einbeziehung der Bürgermeinung in die Abschlussphase des DMF; Diskussion

Frau Poelzl skizziert einige Möglichkeiten. Zum einen könnte auf mehr theoretischer Ebene erhoben werden, wie wissenschaftliche Argumente verstanden werden und was bei den Adressaten ankommt. Hierfür kämen Fokusgruppen oder Workshops in Frage. Dies wurde jedoch bereits gemacht und verspricht wenig zusätzlichen Erkenntnisgewinn.

Zum Anderen könnte das Abschlusskonzept für das DMF zur Kommentierung innerhalb eines definierten Zeitraums ins Internet gestellt werden. Die Einrichtung z.B. eines Chatrooms wäre zwar extrem aufwändig, aber das Erfassen und Bearbeiten von Kommentaren wäre machbar. Bereits vorgesehen ist ein Fachgespräch unter Beteiligung verschiedener Stakeholder im Umfang der bisher durchgeführten Fachgespräche. Im Anschluss daran oder davon abgesetzt, wäre ein Bürgerforum denkbar. Hierzu wird von mehreren Teilnehmern kritisch angemerkt, dass derartige Foren oft von Wenigen dominiert werden, die die Gelegenheit nutzen, um erneut ihre bekannte Meinung vorzutragen. Auf der anderen Seite sieht Herr Böttger die Erfahrungen mit dem im Auftrag des BMU im Oktober 1999 von der

Programmgruppe MUT Forschungszentrum Jülich durchgeführten „Bürgerforum Elektrosmog“ durchaus positiv, schon weil hierdurch unterschiedliche Gruppen an einen Tisch geholt werden konnten. Ein Nachteil eines solchen Forums liegt allerdings darin, dass ein derartiges Bürgerforum mit seinem nicht unerheblichen Aufwand eine Veranstaltung mit nur regionalem Einflussbereich bleibt, es sei denn man würde sie in mehreren Orten republikweit durchführen. Herr Stüwe ergänzt, dass Bürgerforen seiner Erfahrung nach nur Erfolg versprechen, wenn auch ein lokaler Bezug vorhanden ist, was im Fall des DMF nicht der Fall wäre. Frau Fleischer stellt die Frage, was mit Bürgerforen erreicht werden soll. Ziel soll und kann es nicht sein, nicht interessierten Verbrauchern auf diesem Wege Informationen nachzutragen, die diese ggf. in dieser Intensität gar nicht nachfragen. Herr Müller vertritt die Ansicht, dass durchaus entsprechendes Interesse vorhanden ist. Einigkeit besteht darüber, dass Wert auf einen repräsentativen Ansatz gelegt werden muss, der sicherstellt, dass jeder, der sich informieren will, zu den entsprechenden Informationen auch Zugang hat.

Insgesamt kristallisiert sich aus der Diskussion heraus, dass Vorteile darin gesehen werden, sich zumindest schwerpunktmäßig auf Meinungsbildner und Multiplikatoren zu konzentrieren. Für Herrn Grützner, der am Bürgerforum 1999 teilgenommen hat, und es als durchaus erfolgreich empfunden hat, stellen die Kommunalvertreter vor Ort eine wichtige Zielgruppe dar, da diese mit den Problemen und Beschwerden Betroffener umgehen müssen. Prinzipiell gibt er zu bedenken, dass man die Komplexität der Ergebnisse eines wissenschaftlichen Forschungsprogramms nur bedingt vermitteln kann. Letztlich ist das Vertrauen in die Persönlichkeit und die Kompetenz der Ansprechpartner vor Ort entscheidend und die sollte gestärkt werden. Frau Schröder sieht das ähnlich und favorisiert die Konzentration auf Multiplikatoren. Herr Lauer ergänzt, dass es seiner Ansicht nach aussichtslos ist, die breite Masse anzusprechen zu wollen und dass es mehr Sinn macht, Meinungsbildner sachkundig zu machen.

Dies alles schließt nicht aus, interessierte Bürger, die nicht zu den Meinungsbildnern oder Multiplikatoren gehören, einzubinden. Z.B. könnte eine bestimmte Anzahl von Bürgern zufällig ausgewählt werden, mit denen dann die Ergebnisse ausführlich diskutiert werden – Bereitschaft bei den Bürgern natürlich vorausgesetzt.

Auf jeden Fall notwendig wäre Pressearbeit für die Ansprache breiter Bevölkerungsgruppen, z.B. über Journalistenforen.

Ziel des DMF war es, Wissenslücken zu bearbeiten und zu schließen. Am Ende muss die Frage beantwortet werden, ob dieses Ziel erreicht wurde, oder wie es Herr Kappos formulierte: „ist das subjektive Gefühl, nichts zu wissen, vermindert oder gar verstärkt worden“? Letztlich dürfte sich die Mehrheit der Öffentlichkeit eher für verdichtete Ergebnisse und für die Schlüsse, die daraus – z.B. hinsichtlich der Grenzwerte – gezogen werden, interessieren – inklusive nachvollziehbarer Begründung. Die Wissenschaft muss lernen, Aussagen zu präzisieren und zu vermitteln. Das Vorgehen im Hinblick auf Bürgerbeteiligung wird auf den nächsten Treffen weiter konkretisiert.

TOP 8: Verschiedenes

Herr Stüwe stellt eine Software vor, die vom IZMF in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale NRW erstellt wurde und der Informationsverbesserung zum Thema SAR-Wert dient. Sie soll zur Schulung von Mitarbeitern z. B. in Handyshops eingesetzt werden, auch Handelsketten wurden angeschrieben. Die Software wird erst seit Anfang des Jahres eingesetzt, Erfahrungsberichte liegen noch nicht vor. Die Teilnehmer des RTDMF, denen noch kein Exemplar vorliegt, erhalten jeweils eines zugesandt.

Als Termin für die nächste Sitzung des RTDMF wird Mittwoch, der 22.11.2006 festgelegt. Das Treffen wird in den Räumen des BMU in Bonn stattfinden.

Herr Weiss bedankt sich bei den Teilnehmern und schließt die Sitzung um 15.30 Uhr.

Bewertung der Forschungsvorhaben zum Deutschen Mobilfunkforschungsprogramm

Vorschlag vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Ziel

Der BUND fordert bei öffentlich finanzierten Forschungen die Entwicklung von sozial- und umweltverträglichen Verfahren und Produkten. Aufmerksame Beobachter verzeichnen eher eine andere Tendenz. Wissenschaftler und ihre Forschungsaktivitäten verstehen sich oft als (meistens subjektive) Schiedsrichter in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen für umstrittene Technologieentscheidungen. Die ergänzenden Kriterien und Fragestellungen sollen deshalb auch die Transparenz bei der Bewertung von Forschungsvorhaben verbessern.

Problemstellung

Die schnelle Einführung von Technologien führt in der Gesellschaft letztendlich auch zu einem Prozess der Entdemokratisierung, weil die Informationsmengen, die geringen Gestaltungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger und der enorme wirtschaftliche Druck vor allem jene gesellschaftlichen Gruppen und Individuen überfordern, die sich mit den Problemen intensiver auseinandersetzen müssen, weil sie von den Folgen negativ betroffen werden. Es ist daher erforderlich, dass rationale, überprüfbare und transparente Entscheidungen der verantwortlichen Stellen in Politik und Vollzug gepflegt werden. Wissen und Wissenschaft bilden aber immer weniger die Grundlage rationaler Entscheidungen, wenn der wirtschaftliche Druck große Ausmaße annimmt.

Die Bewertung von Forschungsvorhaben durch wissenschaftliche Institutionen besteht heute allenfalls aus Qualitätskriterien zu der unmittelbaren Forschungsmethode. Lediglich eine ausreichende Finanzierung wird als allgemein gesellschaftliches Kriterium hervorgehoben (siehe Hinweis im Anhang).

Die Verankerung und Stärkung demokratischer Intentionen und Strukturen als ein Beitrag zur nachhaltigen gesellschaftlichen Qualität und Stabilität hat offensichtlich nur geringe Bedeutung. Die wissenschaftlichen Institutionen sehen eine ausreichende demokratische Intention gegeben, wenn jeder Wissenschaftler die Möglichkeit hat, sich frei über Forschungsziele und Forschungsergebnisse zu äußern.

Wissenschaftliche Arbeit soll bei stärker anwendungsorientierte Zielen möglichst sorgfältige Abhängigkeiten/Wenn-Dann-Beziehungen etc. ableiten, damit Handlungsmöglichkeiten eröffnet werden. Die Aufgabe der politischen Gremien besteht dann darin, zwischen verschiedenen Alternativen/Ergebnissen zu entscheiden. Der schnelle wissenschaftliche Fortschritt und die immer stärkere Ausdifferenzierung und große Bandbreite der Disziplinen, Schulen, Theorieansätze überfordert die politischen Entscheidungsträger. Eine sachliche Beratung findet kaum mehr statt.

Wenn z. B. im Bereich der elektromagnetischen Felder des Mobilfunks vorrangig die wirtschaftlichen Chancen betont werden, ohne die damit verbundenen Gefahren und Risiken aufzuzeigen, wird Wissenschaft nur als Instrument genutzt, um Produktkosten zu senken. Ein anschauliches Beispiel: Das Handy hat in Notfällen seine Leben rettende Hilfe bewiesen. Die vielen Unfälle, die durch die Benutzung des Handys allein beim Autofahren entstehen, waren kaum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen, obwohl durch die Handynutzung beim Autofahren viele schwere Unfälle mit Verletzten und Todesfällen hervorgerufen werden.

Forderung

Mitbestimmung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung einer Technologie müssen schon frühzeitig bei der Forschung einsetzen. Zur Beurteilung von Forschungsvorhaben und –ergebnissen ist daher zwingend die Einführung von Indikatoren für die demokratische Qualität der Untersuchungen erforderlich, denen das gleiche Gewicht zukommen muss wie den Indikatoren für die wissenschaftliche Qualität.

Aus einer solchen Bewertungsstufe möglicherweise resultierende Verzögerungen beim Start von Forschungsvorhaben werden durch die schnellere breite öffentliche Akzeptanz der Forschungsergebnisse ausgeglichen. Um diese Ziele erreichen zu können, werden vom BUND ergänzende Kriterien und Fragestellungen für die Bewertung der Forschungsvorhaben des Deutschen Mobilfunkforschungsprogramms vorgeschlagen.

Ergänzende Kriterien und Fragestellungen zur Bewertung von Forschungsvorhaben

Initiative

Beispiele

Welche Institution/Person erarbeitete den Vorschlag für das Forschungsvorhaben?

- | | | |
|----|--|----------------|
| 1 | Welche Gruppe von Betroffenen/Individuen wurde untersucht/befragt? | |
| 2 | Wie sind Umwelt-/Verbraucherverbände, Gewerkschaften in das Untersuchungsprogramm eingebunden? | |
| 3 | Welche Fachöffentlichkeit wurde einbezogen? | |
| 4 | Welche Mediziner mit dem Gefahren-Schwerpunkt EMF wurden beteiligt? | |
| 5 | Wie wurden die Ärztekammern beteiligt? | |
| 6 | Wie wurden Wissenschaftler beteiligt?
Wie wurden bestehende Institutionen beteiligt? | |
| 7 | - Unabhängige Institutionen z. B. Stiftungen ,DFG | |
| 8 | - Unternehmen/abhängige Institutionen | FGF, IZMF |
| 9 | - regierungsabhängige Institutionen | BFS, BAUA, SSK |
| 10 | Regelungen und Recht setzende Institutionen | *** |

Verantwortung

Wer trägt die Kosten der Finanzierung des Forschungsvorhabens?

- | | | |
|---|-------------------------------------|-----------|
| 1 | Europäische Union | |
| 2 | Nationalstaat | |
| 3 | regierungsabhängige Institutionen | BFS |
| 4 | Unternehmen/abhängige Institutionen | FGF, IZMF |
| 5 | Unabhängige Stiftungen | |
| 6 | Mischung Unternehmen/Institutionen | |

Koordinierung

Wer hat das Forschungsvorhabens ausgewählt?

- | | | |
|----|---|----------------|
| 1 | Betroffene | |
| 2 | Umwelt-/Verbraucherverbände, Gewerkschaften | |
| 3 | Fachöffentlichkeit | |
| 4 | Mediziner mit dem Gefahren-Schwerpunkt EMF | |
| 5 | Ärztekammern | |
| 6 | Wissenschaft | |
| 7 | Unabhängige Institutionen z. B. Stiftungen, DFG | |
| 8 | Unternehmen/abhängige Institution | FGF, IZMF |
| 9 | regierungsabhängige Institutionen | BFS, BAUA, SSK |
| 10 | Regelungen und Recht setzende Institutionen | *** |

Organisation

Wer hat die Vergabe der Forschungsaufträge organisiert?

- 1 öffentliche Ausschreibung
- 2 beschränkte Ausschreibung
- 3 freihändige Vergabe durch Beteiligte

Wer war bei der Vergabe der Forschungsaufträge beteiligt?

- 1 Betroffene
- 2 Umwelt-/Verbraucherverbände, Gewerkschaften
- 3 Fachöffentlichkeit
- 4 Mediziner mit dem Gefahren-Schwerpunkt EMF
- 5 Ärztekammern
- 6 Wissenschaft
- 7 Unabhängige Institutionen z. B. Stiftungen, DFG
- 8 Unternehmen/abhängige Institutionen FGF, IZMF
- 9 regierungsabhängige Institutionen BFS, BAUA, SSK
- 10 Regelungen und Recht setzende Institutionen ***

Wer war bei der Durchführung der Forschungsaufträge beteiligt?

- 1 Betroffene
- 2 Umwelt-/Verbraucherverbände, Gewerkschaften
- 3 Fachöffentlichkeit
- 4 Mediziner mit dem Gefahren-Schwerpunkt
- 5 Ärztekammern
- 6 Wissenschaft
- 7 Unabhängige Institutionen z. B. Stiftungen, DFG
- 8 Unternehmen/abhängige Institutionen FGF, IZMF
- 9 regierungsabhängige Institutionen BFS, BAUA, SSK
- 10 Regelungen und Recht setzende Institutionen ***

Welche vorrangigen fachlichen Ziele wurden mit dem Forschungsauftrag angestrebt?

- 1 nur produktbezogen Mobilfunk
- 2 gefahrbezogen Gesamtpotential EMF
- 3 Kommunikation allein Produktgefährdungspotential Mobilfunk
- 4 Kommunikation von Gefährdungspotentialen Gesamtpotential EMF

Welche vorrangigen rechtliche Ziele wurden mit dem Forschungsauftrag angestrebt?

- 1 Gefahrenvorsorge
- 2 Gefahrenabwehr

Welche vorrangigen inhaltliche Ziele wurden mit dem Forschungsauftrag angestrebt?

- 1 Gesundheit
- 2 bessere Prüf- und Messverfahren
- 3 Überprüfung des Standes der Wissenschaft
- 4 innovative Forschung
- 5 Kommunikation der Gefahren

Welche Menschen könnten vorrangig das Ergebnis des Forschungsvorhabens nutzen?

- | | | |
|---|-----------------------|-----------------|
| 1 | Nutzer der Produkte | |
| 2 | Gesunde | |
| 3 | Kinder | |
| 4 | Kranke | |
| 5 | Ältere | |
| 6 | Schwangere | |
| 7 | Personen mit Handicap | Implantatträger |
| 8 | Risikogruppen | |

Wer sollte vorrangig der Nutzer der Ergebnisse des Forschungsauftrags sein?

- | | | |
|---|---|-----|
| 1 | Öffentlichkeit | |
| 2 | Wissenschaft | |
| 3 | Unternehmen | |
| 4 | Produktkäufer | |
| 5 | gesundheitlich Betroffene | |
| 6 | Mediziner | |
| 7 | Regelungen und Recht setzende Institutionen | *** |

Welche Ergebnisse erbrachten die eingereichten Vorschläge zum Deutschen Mobilfunkforschungsprogramm?

- | | |
|---|--------------------------------------|
| 1 | Bestätigung bestehender Erkenntnisse |
| 2 | Grundlage für weitere Forschungen |
| 3 | neue Erkenntnisse |
| 4 | Ablehnung |
| 5 | keine Umsetzung |

Wer soll bei der Bewertung der Forschungsergebnisse beteiligt werden?

- | | | |
|----|---|---------------------|
| 1 | Betroffene | |
| 2 | Umwelt-/Verbraucherverbände, Gewerkschaften | |
| 3 | Fachöffentlichkeit | |
| 4 | Mediziner mit dem Gefahren-Schwerpunkt EMF | |
| 5 | Ärztokammern | |
| 6 | Wissenschaft | |
| 7 | Unabhängige Institution z. B. Stiftung | |
| 8 | Unternehmen/abhängige Institutionen | FGF, IZMF |
| 9 | regierungsabhängige Institutionen | BFS, BAUA, SSK, DFG |
| 10 | Regelungen und Recht setzende Institutionen | *** |

Abkürzungen

- BAUA Bundesamt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
BFS Bundesamt für Strahlenschutz
DFG Deutsche Forschungsgemeinschaft
DIN Deutsches Institut für Normung
DKE Deutsche Kommission Elektrotechnik
EMF Elektromagnetische Felder
FGF Forschungsgemeinschaft Funk
IZMF Informationszentrum Mobilfunk
SSK Strahlenschutzkommission
EMF Elektromagnetische Felder

*** steht für DIN, DKE, VDI, Verwaltungen, Parlamente

Anhang

"Technikfolgenabschätzung", Nr. 1, 12. Jahrgang - März 2003, S. 38-42 Evaluation politikberatender Forschungsinstitute durch den Wissenschaftsrat - Kriterien und Erfahrungen von [Reinhard Hüttl, Mitglied des Wissenschaftsrates](#)